

Streich das „sozial“ aus Eurem Namen!

*Offener Brief von attac Nürnberg/ Fürth
an die SPD im Unterbezirk Nürnberg*

Liebe „Sozial“demokratInnen,

Eure Partei engagiert sich für die so genannte agenda 2010 und treibt damit das größte Programm zur Demontage des Sozialstaates seit Bestehen der BRD voran.

Wir von attac Nürnberg/ Fürth finden deshalb:

Ihr habt das „sozial“ in Eurem Parteinamen nicht mehr verdient.

Dabei haben wir die folgenden Gründe, Eure derzeitige Politik abzulehnen:

1. Die agenda 2010 ist unsozial

Durch die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Verkürzung des Arbeitslosengeldes wird die ohnehin schon unzumutbare Situation von Arbeitslosen weiter verschlechtert. Praxisgebühren und Erhöhung der Zuzahlungen auf Medikamente und Krankenhausaufenthalte lassen den Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung noch mehr zu einer Frage des Geldbeutels werden. Die Einsparung von einer Milliarde Euro Fahrgeld für Gehbehinderte ist ein deutliches Beispiel dafür, dass die rot-grüne Bundesregierung ihren sozialen Anspruch vollständig aufgegeben hat. Gleichzeitig wird durch den Wegfall des ArbeitgeberInnenanteils beim Krankengeld oder der Verschlechterung des Kündigungsschutzes einseitig die ArbeitgeberInnenseite begünstigt. Durch die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes von 48,5% auf nur noch 42% werden gerade die Reichen und Superreichen entlastet.

2. Die agenda 2010 wird zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen

Das zentrale Argument der sozialdemokratischen Partei ist, dass das beschlossene Sparprogramm zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit führen werde. Dieses Argument ist falsch. So kann die Arbeitslosigkeit in der BRD nicht auf zu hohe Lohnnebenkosten zurückgeführt werden. Zutreffend ist vielmehr, dass die Lohnstückkosten seit 1995 in der BRD weniger gewachsen sind als in fast allen anderen EU-Ländern und den USA. Auch die hohen Exportüberschüsse der BRD verweisen darauf, dass die Arbeitslosigkeit nicht auf die Standortbedingungen in der BRD zurück zu führen sind.

Ursache für die Arbeitslosigkeit ist vielmehr die geringe Binnenkaufkraft. Und genau diese wird durch die agenda 2010 weiter geschwächt. Denn Arbeitslose, RentnerInnen, Einkommensschwache und Kranke werden sich in Zukunft noch weniger Konsum leisten können als zur Zeit.

Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit nach den Einsparungen wird deswegen unvermeidlich sein.

3. Es gibt Alternativen zur agenda 2010

Wenn gesagt wird, der bisherige Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, dann ist dieses falsch. So hat es beständig ein (wenn auch im letzten Jahr stagnierendes) Wirtschaftswachstum gegeben, was nichts anderes heißt, als dass es immer mehr zu verteilen gibt. Die Finanzlücke in den Sozialkassen und den Staatshaushalten lässt sich alleine dadurch erklären, dass insbesondere die Vermögenden und große Unternehmen konsequent entlastet wurden und werden. Es gibt also kein Finanzierungsproblem sondern ein Gerechtigkeitsproblem. Dementsprechend liegt der Ausweg aus der derzeitigen Situation auch nicht in Kürzungen auf der Ausgabenseite sondern vielmehr in einer Stärkung der Einnahmeseite von Sozialkassen und Staatshaushalten durch gerechte Heranziehung der wirtschaftlich Leistungsstarken.

Konkret schlägt attac hierzu die folgenden Maßnahmen vor:

1. Stärkung der Finanzierungsbasis der Sozialkassen durch
 - a) Einbeziehung aller Einkunftsarten wie Zinsen, Dividenden oder Mieteinnahmen in die Versicherungspflicht;
 - b) Erhebung einer Wertschöpfungsabgabe für große Unternehmen, damit dieser stärker an der Finanzierung beteiligt werden;
 - c) Aufhebung von Beitragsbemessens- und Pflichtversicherungsgrenze bei den Gesetzlichen Krankenversicherungen, denn es ist nicht einzusehen, warum sich gerade die BezieherInnen hoher Einkommen der gesetzlichen Krankenversicherung entziehen dürfen.
2. Stärkung der Staatseinnahmen durch eine Steuerreform, die sich an den folgenden Eckpunkten orientiert:
 - a) Wiedereinführung der Vermögenssteuer, damit gerade große Vermögen nicht mehr aus der Sozialpflicht entlassen werden;
 - b) Beseitigung der Möglichkeit zur Steuerflucht durch Schließung von Steueroasen, die vor allem durch multinationale Konzerne genutzt werden;
 - c) Einheitliche Besteuerung aller Einkünfte, denn es ist nicht einzusehen, warum große Unternehmen weniger Steuern bezahlen müssen als Lohnabhängige.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen unter der folgenden Kontaktnummer gerne jederzeit zur Verfügung

Ludwig Wenk Tel: 0911/ 26 36 00